

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 20 mm breite Zeile kostet 0,33 R.-M. für den ersten Tag, 0,40 R.-M. für den zweiten Tag, 0,45 R.-M. für den dritten Tag, 0,50 R.-M. für den vierten Tag, 0,55 R.-M. für den fünften Tag, 0,60 R.-M. für den sechsten Tag, 0,65 R.-M. für den siebten Tag, 0,70 R.-M. für den achten Tag, 0,75 R.-M. für den neunten Tag, 0,80 R.-M. für den zehnten Tag. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen sind Plätze eine Gewähr nicht übernommen werden.

**Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung**

Bezugpreise: Bei freier Zustellung durch 2,00 R.-M. pro Monat, 20,00 R.-M. pro Jahr. — Postbezug für den Monat 2,00 R.-M., einschließlich 0,45 R.-M. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). — Einzelnummer 10 R.-M., außerhalb Groß-Dresdens 15 R.-M.

Abteilung, Verlag und Druckerei: Dresden-N., Ferdinandsstr. 1 • Fernruf: für den Ortsverkehr Sammelnummer 24601, für den Fernverkehr 14194, 20024, 27981 — 27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Postfach: Dresden 2060

Nr. 167 / 40. Jahrgang

Mit der Beilage „Die Frau in der Gegenwart“

Dienstag, 19. Juli 1932

Allgemeines Demonstrationsverbot im ganzen Reich

Blutige Zwischenfälle und zahlreiche Tote in vielen Städten Deutschlands — Die Verordnung über den Freiwilligen Arbeitsdienst

Schärfste Maßnahmen der Reichsregierung

• Berlin, 18. Juli. (Durch Funkspruch.) Die Reichsregierung hat eine Verordnung erlassen, durch die Demonstrationen unter freiem Himmel allgemein untersagt werden. Dieses Demonstrationsverbot soll nur der erste Schritt zu weiteren sehr umfassenden Maßregeln sein, falls die blutigen Zusammenstöße nicht aufhören.

Ueber dieses Demonstrationsverbot wird von zuständiger Seite folgendes mitgeteilt:

Beim Erlass der Verordnung, mit der das Uniform- und Demonstrationsverbot aufgehoben wurde, war zum Ausdruck gekommen, daß der Wahlkampf sich in geordneten Bahnen bewegen würde. Die Erwartungen, die an den Erlass der Verordnung geknüpft wurden, sind, wie die Reichsregierung feststellt, nicht eingetroffen, und die Vorkommnisse der letzten Tage, besonders in Altona, haben die Veranlassung gegeben, noch heute eine Verordnung zu erlassen, die auf dem 2 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Juni dieses Jahres basiert und ein Verbot aller Demonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel vorsieht.

Zugelassen im gesamten Reichsgebiet sind nur solche Versammlungen, die in fest umrissener, für Dauerbesitz angelegten Anlagen stattfinden, wobei der Besuch nur gegen Eintrittskarten zulässig ist (z. B. das Stadion im Grunewald usw.).

Von unterrichteter Seite wird ausdrücklich erklärt, daß diese Verordnung nur der erste Schritt der Reichsregierung gegen die politischen Ausschreitungen ist, und daß die Reichsregierung sich alle weiteren Maßnahmen vorbehält. Die Reichsregierung wird nachsichtlos auch nicht davon zurückweichen, gegen die Kreise, die mit Sprengstoff und mit Schusswaffen arbeiten, mit aller Strenge vorzugehen bis zu einer Festnahme, Verurteilung, die mit Schusswaffen oder Sprengstoffen in der Hand betroffen werden, an die Wand zu stellen.

Solche Bestimmungen würden durchaus möglich sein ohne Verhängung des allgemeinen Ausnahmezustandes. Die zivile Gerichtsbarkeit würde die Durchführung einer derartigen Verordnung in besonderem Schnellverfahren, bei dem absolet die Möglichkeit besteht, die Todesstrafe zu verhängen, sichern können. Die Möglichkeit, Sondergerichte einzurichten, besteht nicht. Nach Auffassung der Regierung sollen sich diese Bestimmungen vor allem gegen die Kommunisten richten, die, wie auch die getragenen Vorgänge in Altona bewiesen haben, dem Staat am meisten zu schaden machen.

In diesem Zusammenhang wird von unterrichteter Seite zu dem in den letzten Tagen wiederholt erfolgten Ankündigungen politischer Führer Persönlichkeiten über eine beabsichtigte Bemessung ihrer Verbände erklärt, daß die Reichsregierung es in keinem Fall dulden würde, wenn sich irgendwelche Organisationen bemessen wollten.

Die Spannung nimmt zu

B. Berlin, 18. Juli. (Eigener Drahtbericht)

Die innenpolitische Spannung in Deutschland nimmt zu. Der Ton der politischen Redner, der Plakate und Beschilderungen und der verschiedenen unkontrollierten Verbände wird immer heftiger, gereizter und aufreizender. Die preussische Regierung hat in der Nacht am Sonntag ihre bewährten politischen Beamten zurückgerufen, da die politische Unruheverweigerung unbedingte notwendig machte. Nach dem Sozialdemokraten hat sich nunmehr auch das Zentrum in einem Telegramm an den Reichspräsidenten gewandt und um Schutz gegen die nationalsozialistischen Angriffe auf das Zentrum und den Nationalsozialisten gebeten. In diesem Telegramm des Zentrums heißt es: „In der Beileidigung der Zentrumspartei, erblicken wir eine Beleidigung auch Ihrer Person, da Sie, hochverehrter Herr Reichspräsident, mit den Stimmen der Zentrumspartei gewählt sind.“

Starke Aufsehen und starke Erregung hat ferner eine Ausrufung des Nationalsozialisten Goering im Berliner Sportplatz hervorgerufen. Goering hat nach den Berichten der Berliner Blätter im Sportplatz u. a. erklärt: „Das Wortgefecht weiß, daß ein Befehl erteilt, daß kein Mann eine Waffe führen darf. Ich sage euch, jetzt ist Schluss. Wenn in den nächsten Tagen der Führer aus Ostpreußen zurückkehrt, kann werde ich ihn blühen, daß dieser Befehl befolgt wird.“ In ähnlichem Sinne haben

sich in den letzten Tagen auch Strömer, Goebbels und Brandl II ausgesprochen.

Von links und rechts appelliert man an die Regierung, endlich entscheidende Maßnahmen zu treffen, um den fortgesetzten blutigen Zwischenfällen in den Straßen deutscher Städte und Dörfer ein Ende zu machen. Während man links auch ein neues Verbot unkontrollierter Demonstrationen denkt, verlangt man auf der Rechten die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen und unter Umständen die Verhängung des Ausnahmezustandes im ganzen Reich. Die Nerven sind zum Zerreißen gespannt. Die Reichsregierung hat bisher noch abgewartet. Sie hatte in Reue über weitgehende Ermächtigungen erteilt, noch am Sonntag erklärte sie aber, sie wolle von diesen Ermächtigungen zu n ä h e r noch keinen Gebrauch machen. Nunmehr ist endlich eine Wendung eingetreten, und die Reichsregierung hat sich zu scharfen Abwehrmaßnahmen entschlossen, von denen das heute mitgeteilte Demonstrationsverbot nur der erste Schritt sein soll.

„Der Deutsche“ das Blatt der Christlichen Gewerkschaften, teilt in seiner Sonntagsausgabe mit, daß man in gewissen Kreisen mit dem Plan umgeht, von Reichstagswahlen unter den jetzigen Umständen überhaupt abzusehen und allen Parteien die politische Vertretung zu unterlassen, um den Weg zur wiederholten Direktorialregierung freizumachen, doch werden von unterrichteter Seite diese Pläne in Abrede gestellt.

12 Tote und 64 Verletzte in Altona

• Berlin, 18. Juli

Im Mittelpunkt des politischen Interesses stehen die blutigen Straßenkämpfe, die sich am Sonntagmorgen und in der Nacht zum Montag in Altona ereignet haben. Dort kam es während eines nationalsozialistischen Aufmarsches in einem hart von Kommunisten besetzten Arbeiterviertel zu Zusammenstößen. Als die Polizei eingriff, wurde sie aus mehreren Häusern und Straßendurchgängen beschossen. An verschiedenen Stellen wurden Versuche gemacht, Barrikaden zu errichten. Die Polizei mußte zuletzt Panzerwagen einsetzen. Es gelang ihr erst nach schwerem Kampf von Haus zu Haus, der kommunistischen Dachböden, die sie beschossen, fern zu werden. Soweit bisher feststeht, wurden zwölf Personen getötet. In das Städtische Krankenhaus wurden 64 Verletzte eingeliefert, von denen 28 wieder entlassen werden konnten. Die Zahl der Schwerverletzten beträgt 16. Am Mittwochabend herrschte wieder Ruhe. Dagegen kam die Erregung heute morgen erneut in den Straßen auf, so daß Polizeibereitschaften mit harten Kräften eingesetzt werden mußten.

In Greifswald kam es ebenfalls zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, bei denen zwei Personen getötet und 25 verletzt wurden. In Fürstenwalde mußte nach Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten ein Zug der 1. Eskadron des Reiterregiments Nr. 9 mit Maschinengewehren eingesetzt werden. In Berlin wurde bei vereinzelten Zusammenstößen, die keinen größeren Umfang annahmen, eine Person getötet und mehrere schwer verletzt.

In rechtserhebenden Kreisen wird die Reichsregierung aufgefordert, nunmehr einen Reichskommissar in Preußen zu ernennen und den Ausnahmezustand zu verhängen. Bekanntlich wurde über diese Dinge während des Besuchs des Reichskanzlers in Preußen bei Hindenburg gesprochen. In Preußen wurde der Ausnahmezustand zwar nicht beschossen, aber das Reichskabinett hat vom Reichspräsidenten die Ermächtigung erhalten, den Ausnahmezustand jederzeit verhängen zu dürfen. Im Laufe des heutigen Tages finden wichtige Beratungen der Reichsregierung statt. Auch die preussische Regierung kündigt Maßnahmen an, über die zur Zeit dieser Meldung noch beraten wird.

Der Verlauf der Kämpfe

• Altona, 18. Juli

Nach den Berichten der Polizei und des Städtischen Freikommandos sind die blutigen Zusammenstöße in Altona während eines nationalsozialistischen Aufmarsches am Sonntag nachmittag entzündet. Anfangs hat sich dieser Aufmarsch in vollkommener Ruhe abgewickelt. Erst als der Zug in den Bezirk nahe der Hamburger Grenze kam, entwickelten sich aus Unruhmepunkten Zusammenstöße, die einen immer größeren und blutigeren Charakter annahmen. Nach Angaben von Augenzeugen wurde aus verschiedenen Häusern auf den marschierenden Zug und auf die ihn begleitenden Polizeimannschaften geschossen. Der erste Überfall erfolgte in der Breiten Straße, der zweite im Grund und der dritte in der Großen Johannisstraße.

Von den Häusern, Balkonen und aus vielen Fenstern fielen Schüsse.

Die Polizei erwiderte das Feuer und nahm Durchschüssen vor, die meist jedoch ohne Erfolg waren. Die Polizei setzte sofort alle verfügbaren Kräfte ein, unter anderem auch zwei Panzerwagen. An einer andern Stelle, in der sogenannten „Freiheit“, hatte man unterdessen versucht, aus Zäunwerken eine Barrikade herauszustellen, von der aus die Polizeibeamten beschossen wurden. Diese Barrikaden wurden von der Polizei genommen. An mehreren Stellen wurden Straßendurchgänge angehalten und umgeworfen.

An verschiedenen Stellen wurde auch der Versuch gemacht, die Straßen anzuzünden.

Dies konnte jedoch von der Polizei überall verhindert werden. Der nationalsozialistische Zug machte seinen Marsch unterbrochen, er wurde umgeleitet und auf dem Treckkomplex aufgelöst. Der Straßendurchverlauf war nördlich der Großen Bergstraße in der Reichenstraße bis zur Hamburger Grenze vollkommen lahmgelegt. An vielen Straßendurchgängen waren die Scheiden durch Schüsse zertrümmert. Die Hamburger Polizei hatte an der Stadtröhre gegen ein Übergreifen der Unruhen auf hamburgisches Gebiet starke Kräfte postiert. Ein Hamburger Polizeibeamter erhielt bei einem Augenschuß auf Altonaer Gebiet einen Schuß in den Fuß. Die Zahl der Toten und der Verwundeten steigt zur Stunde noch nicht genau fest. Ähnlich sind bisher zehn Tote ermittelt. Nach privaten Meldungen beträgt die Gesamtzahl mindestens zwölf. Nach einem Bericht, den das Polizeipräsidium am Sonntag um 12 Uhr herausgab, wird erklärt, daß die Zwischenfälle offenbar auf ein planmäßiges Vorgehen der kommunistischen sogenannten „Antifaschistischen Aktion“ zurückzuführen seien, die bereits am Sonn-

abend durch Flugblätter zu Störungen des nationalsozialistischen Aufmarsches aufgefordert habe.

Am Mittwochabend war die Polizeifunktion im allgemeinen beendet und es trat Ruhe ein.

Aber noch immer waren Sanitätskolonnen an der Arbeit, um Verletzte zu bergen, die von ihren Partigangnern in die Häuser und Gieße abtransportiert worden waren. 200 Personen wurden zwangsgewehrt und ins Polizeipräsidium gebracht.

Severing in Altona

• Altona, 18. Juli. (Durch Funkspruch)

Der preussische Innenminister Severing, der gestern in Kiel sprach, begab sich nach in der Nacht nach Altona, um wegen der blutigen Zusammenstöße eingehende Besprechungen mit den Polizeibehörden zu führen. Der Minister überlegte sich an Ort und Stelle vom Stand der Ermittlungen und vom Umfang der Unruhen, sowie der Arbeit der Polizei und sah heute vormittag nach Berlin weiter.

Ein Bericht des preussischen Innenministeriums

B. Berlin, 18. Juli. (Eigener Drahtbericht)

Auf Grund der eingehenden Informationen gibt das preussische Innenministerium jetzt einen Bericht über die blutigen Zusammenstöße in Altona heraus. Die Nationalsozialisten hatten nach diesem Bericht den Auftrag gestellt, einen Umzug durch die Altstadt von Altona zu veranstalten. Die Polizei hat darauf hingewiesen, daß Demonstrationen in diesem schon vor dem Kriege aber beleumundeten Viertel recht riskant seien. Die Nationalsozialisten erklärten jedoch, daß ihnen gerade daran liege, dort, wo die Hauptgeister seien, zu demonstrieren. Die Altonaer Polizei hat für ausreichenden Schutz der von dem Umzug betroffenen Straßen gesorgt. Es haben auch vorbereitende Untersuchungen nach Waffen stattgefunden. Einzelne Straßen wurden vor dem Nachen der nationalsozialistischen Märsche völlig abgeriegelt. Beim Aufmarsch der Nationalsozialisten in das Gebiet der Altstadt seien aus verschiedenen Fenstern Schüsse. Die Polizei ordnete die Schließung der Fenster an. Als das noch nicht half, wurde erst einmal der Zug in Sicherheit gebracht und nach dem Bahnhof umgeleitet. Die Polizei führt als

44.-
49.-
10 M. an
Platz 28